

Frankfurts Kohlenversorgung.

Zur Kohlenfrage waren der Stadtverordnetenversammlung zwei Anfragen zugegangen. Stadtv. Wedel (Vp.) fragte: Wie stellt sich der Magistrat zu der Kundgebung der Kriegsamtsstelle, durch welche diese dem Magistrat die Verantwortung für die mangelhafte Versorgung der Einwohner mit Brennstoffen zuweist? Die sozialdemokratische Fraktion fragt: Welche Schritte gedenkt der Magistrat weiter zu unternehmen, um die Kohlenversorgung der Stadt Frankfurt im kommenden Winter einigermaßen sicherzustellen?

Stadtv. Wedel kam auf die Veröffentlichung der Stadt zu sprechen und betonte, daß die Reichsstelle ihre Versprechungen nicht eingelöst hat. In der Bevölkerung herrsche die tiefste Erregung. Das Kriegsamtsamt weist die Beschuldigung der Stadt, kein Entgegenkommen gezeigt zu haben, zurück und quittiert dem Magistrat seine Unfähigkeit in der Kohlenverteilung. Der Magistrat hat nun dazu eine Entgegnung veröffentlicht, die — man muß das mit Bedauern sagen — keinen guten Eindruck gemacht hat, es sei eine lahme Entschuldigung. Der Magistrat müsse sich äußern.

Stadtv. Zielowski (Soz.) erklärte: Die Veröffentlichung des Magistrats erregte berechtigtes Aufsehen, denn sie lasse mit aller Deutlichkeit die drohende Gefahr erkennen. Die Reichsstelle habe Versprechungen gemacht, von denen jetzt erwiegen sei, daß sie nicht erfüllt werden können. Es sei anerkanntswert, daß der Magistrat den Mut gefunden habe, der Bürgerschaft über die Brennstoffversorgung Klarheit zu verschaffen. Nach den Erklärungen des Magistrats treffe den Magistrat nicht allein die Schuld an den Zuständen. Die Kohlenamtsstelle allerdings treffe eine große Schuld. Die Kohlenversorgung zeige die größten Mängel; trotz der großen Kohlennot hätten große Betriebe Beamten und Arbeitern 30 bis 40 Zentner zur Verfügung gestellt. Das sei eine unbedingte Bevorzugung. Strafzettel würden in solchen Fällen gerne bezahlt, eine Beschlagnahme dieser Kohlen sei dringend nötig. Größere Mängel und Fehler seien aber bei den Reichsstellen gemacht worden. An diese Fehler denke die Kriegsamtsstelle nicht. Die Art und Weise, wie von der Reichsstelle die Kohlenverteilung vorgenommen werde, sei ganz schematisch gewesen. Es seien Kohlen waggonweise in Gegenden gekommen, wo nie Kohlen gebrannt worden seien. Und dabei herrsche in den Städten die größte Kohlennot. Die Rüstungsindustrie müsse gewiß ausreichend Kohlen bekommen, statt 60 Prozent erhalte sie aber weit mehr. Die Frankfurter Zivilbevölkerung erhalte aber statt der zugesagten 40 nur 15 Prozent. Das sei natürlich nicht ausreichend. Dazu komme die ungeheure Verteuerung der Kohlen. Die Kohlennot werde eine schlimmere werden als alles, was wir bisher im Kriege ertragen haben. Vonseiten des Magistrats sei nichts versäumt worden, die großen Gefahren an maßgebender Stelle zu schildern. Nun zur Antworte der Kriegsamtsstelle. Dazu sei zu erwidern, daß es sich doch um keine Verteilungsfrage handeln könne, da keine Kohlen zur Verteilung da seien. Wir müssen uns in dieser Sache hinter den Magistrat stellen. Das sind wir der Selbstverwaltung schuldig.

In anderen Großstädten sei die Kohlenversorgung eine bessere. Frankfurt werde immer mit Worten abgepeist. Ist das der Dank für Frankfurts Opfer in diesem Kriege? Es hat einen Lazarettzug ausgerüstet, seine Schulen, seine Festhalle zur Verfügung gestellt, bei den Kriezanleihen marschiert es an der Spitze. Frankfurt erhält einen schlechten Dank für alle die großen Opfer.

Bürgermeister Dr. Luppe erklärte, Generalkommando und Kriegsamtsstelle hätten stets Frankfurts Bemühungen um bessere Kohlenlieferung unterstützt. Die Differenzen betrafen die Transportfrage. Das Kriegsamtsamt habe nicht jede Stellung von Lastautos verweigert, aber für die Kohlenabfuhr seien sie verweigert worden. In einer Antwort, die vorgelesen wurde, erklärte das Kriegsamtsamt ausdrücklich, daß die Lastwagen nur für den Transport leichtverderblicher Waren verwendet werden dürfen. Das vom Oberbürgermeister an den kommandierenden General gerichtete Schreiben, worin um Kraftwagen für Kohlentransport gebeten worden war, wurde zur Erledigung der Kriegsamtsstelle überwiesen, die auch diesen Besuch ablehnte. Der Vorwurf der Kriegsamtsstelle, daß alle Schuld an der städtischen Verteilung liege, sei unberechtigt. Die Kriegsamtsstelle sei der Meinung, daß die Stadt ihre Reserven angreifen soll, was der Redner unter Zustimmung der Versammlung für noch nicht zeitgemäß hält. Man habe mit den militärischen Stellen bisher auf das Beste zusammengearbeitet. Hoffentlich sei das auch in Zukunft der Fall. Die der Stadt in dieser Sache gemachten Vorwürfe seien aber unberechtigt gewesen. Die Situation sei ernst und es müßten alle Mittel versucht werden, um die Wünsche der Bürgerschaft zu befriedigen. (Bravo!)

17.11.1917 49

Stadtrat Dr. Hiller wies darauf hin, daß das Reservelager von 200 000 Zentnern auf behördliches Verlangen errichtet worden sei. Um so eigentümlicher berühre nun das Verlangen einer militärischen Behörde, daß jetzt schon das Reservelager angegriffen werden solle. Statt 32 000 Tonnen Kohlen, wie zugesagt, wurden monatlich nur 19 000 geliefert. Wie solle man da die nötigen Kohlen verteilen können? Der Redner schilderte dann die Schwierigkeit in der Kokslieferung. Das Publikum müsse sich in Geduld fassen, bis es dran komme da der Andrang sehr groß sei. Die Lieferungen werden aber bestimmt erfolgen.

Stadtv. Dr. Numpf (natl.) stellte die allgemeine Übereinstimmung mit dem Magistrat fest. Festsetze auch, daß das dem Magistrat gegebene Versprechen einer monatlichen Lieferung von 32 000 Tonnen nicht gehalten worden sei.

Stadtv. Goll (Vp.) ist der Ansicht, daß die Brennstoffverteilung in Frankfurt zu spät eingesezt habe. Die ganze Umgebung habe mehr Kohlen als Frankfurt. Die Kohlen waren da, aber mit der Verteilung habe es gehapert. Andere Städte haben auch Rüstungsbetriebe und haben trotzdem Kohlen. Viele Leute hätten heute noch nicht ihre Verteilungsscheine. Viele Kohlenhändler haben früher erklärt: Kohlen sind da, bringt einen Zuweisungsschein, die Scheine waren aber nicht da. Und jetzt fehlen die Fuhrwerke! Ist es wahr, daß das Wasserwerk Inheimen infolge Kohlenmangels einige Zeit stillgelegt war und daß Frankfurt dorthin Kohlen liefern mußte? Ist es richtig, daß infolge Kohlenmangels im Schlacht- und Viehhof wertvolles Material zugrundegegangen sei?

Bürgermeister Dr. Luppe erwiderte, daß zuerst die ganze Bevölkerung mit Küchenbrand beliefert werden müsse und mehr Kohlen seien nicht da gewesen. Mit dem Wasserwerk Inheimen bestehe ein Lieferungsvertrag. Die Qualität der dortigen Kohlen war zur Aufrechterhaltung des Betriebs ungenügend, sodas von Frankfurt aus eingegriffen werden mußte. Es sei unwahr, daß im Schlacht- und Viehhof wertvolles Material verborben sei. Man habe lediglich in Eingaben auf diese drohende Gefahr hingewiesen.

Stadtv. Wedel (Vp.) ist mit der Debatte zufrieden und hofft, daß Magistrat und Kriegsamtsstelle nun gebedlich zusammenarbeiten. Werde das erreicht, so sei der Zweck seiner Anfrage erfüllt.

Stadtv. Balzer (Vp.) wünscht, daß das Gaswerk Hedderheim auch kleinere Mengen Koks abgibt. Die Kohlenzettelverteilung sei nicht in Ordnung gewesen und hätte zur Folge gehabt, daß die Kohlenlieferung verzögert worden sei.

Stadtv. Oeser (Vp.) hofft, daß diese Debatte die Bürgerschaft darüber aufkläre, wo die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung zu suchen sind. Kohlen, die der Magistrat nicht bekomme, könne er nicht verteilen. Man wird sich damit abfinden müssen, daß wir einem schweren Winter entgegengehen. Es müsse für Wärmehallen gesorgt werden. Der Redner hebt dann die Bemühung des Generalkommandos um eine bessere Kohlenversorgung der Stadt Frankfurt hervor, es hat aus zwingenden Gründen die nötigen Kraftwagen nicht stellen können. Im Interesse der Stadt Frankfurt müssen die verantwortlichen Stellen Hand in Hand arbeiten. Das sei auch immer geschehen.

Einmütig angenommen wurde folgende von Stadtv. Zielowski eingebrachte Resolution: Die Stadtverordnetenversammlung billigt die vom Magistrat veröffentlichte Aufklärung, die sich in allen Punkten als richtig erwiesen hat und spricht die Erwartung aus, daß durch die heutige Debatte die Differenzen mit der Kriegsamtsstelle beseitigt sind und o. Frankfurt nun besser mit Kohlen versorgt wird.

Die für die nichtöffentliche Sitzung anberaumte Wahl eines unbesoldeten Stadtrates kam wegen Beschlussunfähigkeit der Versammlung nicht zustande.